



AVE-Rundschreiben 13/2015

Berlin, 02. Juni 2015

1. HANDELS- UND ZOLLPOLITIK

- 1.1. China: Senkung der Importzölle und Handelsreise nach China**
- 1.2. Marktzugangshindernisse: Indonesien und Türkei im Fokus**
- 1.3. Konfliktminerale: Europäisches Parlament stimmt für eine strengere Regulierung**

2. AUSSENHANDELSSTATISTIK

- 2.1. Importpreise ohne Energieträger steigen um 3,4 Prozent**

3. IN EIGENER SACHE

- 3.1. Aktualisierung der AVE-Stammdaten**

4. CSR

- 4.1. Weltweit hohe Standards im Fokus des G7-Gipfeltreffens in Elmau**

5. UMWELT- UND VERBRAUCHERANGELEGENHEITEN

- 5.1. Verpflichtende Ursprungsbezeichnung: Neuer Vorstoß vom Rat der Minister abgelehnt**

AVE-Rundschreiben 13/2015

1. HANDELS- UND ZOLLPOLITIK

1.1. China: Senkung der Importzölle und Handelsreise nach China

Am 25. Mai 2015 hat China bestätigt, dass die Importzölle für eine enge Auswahl von Konsumgütern, vor allem Kosmetik und Bekleidung, um bis zu 50 % gesenkt werden. Durch diese Maßnahme erhofft sich China, den inländischen Konsum und ausländische Importe zu erhöhen sowie die starke Nachfrage nach ausländischen Produkten zu befriedigen. So werden ab dem 1. Juni Einfuhrzölle auf Anzüge und Pelze von vorher 14-23 % auf nun 7-10 % reduziert und Zölle auf Sportschuhe werden von 22-24 % auf 12 % gesenkt. Die AVE begrüßt diese Maßnahme mit Blick auf die zunehmende Bedeutung Chinas als Konsummarkt für deutsche Händler.

Die AVE wird zusammen mit dem europäischen Dachverband FTA angesichts des bevorstehenden 40-jährigen Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der EU und China ein neues Positionspapier erstellen. Weiterhin unterstützt die AVE die Reise des Generaldirektors der FTA, Christian Ewert, der sich Anfang Juni in Peking mit hochrangigen Vertretern des chinesischen Handelsministeriums (MOFCOM) treffen wird. Um das Papier zu ergänzen, werden die Mitglieder gebeten, die Geschäftsstelle über Hindernisse im Handel mit China zu informieren.

Dr. Pierre Gröning

1.2. Marktzugangshindernisse: Indonesien und Türkei im Fokus

[↑ TOP](#)

Am 26. Mai 2015 wurden während einer Sitzung des beratenden Ausschusses für Marktzugang (MAAC) in Brüssel Handelsbarrieren für Bekleidung in Indonesien und für Schuhe in der Türkei besprochen. Die Verbesserung der Einfuhrbedingungen in den europäischen Markt bleibt auch weiterhin die Kernaufgabe der AVE, allerdings soll zugleich der Blickwinkel zunehmend auf den Export in außereuropäische Länder, in denen unsere Mitglieder Filialen betreiben, ausgeweitet werden.

Bereits im Mai 2014 trat ein neuer nationaler indonesischer Standard (SNI) für Kinderbekleidung in Kraft, der Kontrollen und Kennzeichnungen in unverhältnismäßiger Weise für Azofarbstoffe und Formaldehyde in Kleidung für Kleinkinder verlangt. Nun erwägt die indonesische Regierung, diese Regulierung auf Erwachsenenbekleidung und Handtücher auszudehnen. Auf Drängen des Handelssektors wird die europäische Kommission dieses Handelshindernis in der kommenden Sitzung des EU-Indonesien-Ausschusses am 15.-16. Juni 2015 thematisieren.

AVE-Rundschreiben 13/2015

Die zunehmend protektionistische Haltung der Türkei ist auch weiterhin eine beträchtliche Herausforderung für unseren Sektor. Abermals wurde die äußerst schwierige Situation für ausländische Händler in der Türkei betont und die Kommission dazu aufgefordert, stärkeren Druck auf die Türkei auszuüben, damit die rechtswidrigen Sonderzölle für Schuhe und die unzulässigen Prüfvorschriften zeitnah abgeschafft werden. Weiterhin wurden in der MAAC-Sitzung das brasilianische „Red Channel“-System und missbräuchliche Zollverfahren in Russland behandelt.

Wir ermutigen unsere Mitglieder, der AVE relevante Informationen zu Marktzugangsbarrieren in Nicht-EU-Staaten mitzuteilen. Dies gibt uns die Möglichkeit, Ihre Anliegen erfolgreich bei den europäischen Institutionen einzubringen.

Dr. Pierre Gröning

1.3. Konfliktmineralien: Europäisches Parlament stimmt für eine strengere Regulierung

[↑ TOP](#)

Am 20. Mai 2015 hat das europäische Parlament für eine verbindliche Zertifizierung für alle Unternehmen, die am Handel von Mineralien aus Konfliktregionen beteiligt sind, abgestimmt. Das Ergebnis war überraschend und wurde durch Parteien des linken Spektrums angeführt. Mit diesem Gesetzesentwurf soll die Finanzierung von bewaffneten Konflikten durch den illegalen Handel der vier betroffenen Metalle Gold, Tantal, Zinn und Wolfram, unterbunden werden, wobei der afrikanische Kontinent im Vordergrund steht.

Der Abstimmungstext geht über die ursprünglichen Vorschläge der europäischen Kommission und des Handelausschusses des Europäischen Parlaments hinaus. Diese sahen eine verbindliche Zertifizierung nur von Hüttenwerken und Raffinerien in der EU vor und nicht von allen Unternehmen in der Wertschöpfungskette. Der Geltungsbereich des jetzt abgestimmten Gesetzesentwurfs würde 880.000 europäische Unternehmen umfassen, welche die vier Metalle in Produkten der Verbraucherelektronik, für Verpackungen, Schmuck und andere Anwendungen verwenden. Es ist weiterhin unklar, in welchem Umfang Importeure von dieser Gesetzgebung betroffen wären. Anliegen der AVE ist es zu verhindern, dass eingeführte Fertigwaren in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen.

Der Rat der Minister, der die 28 Mitgliedstaaten vertritt, wird sich nun mit dem Vorschlag des

AVE-Rundschreiben 13/2015

Parlaments auseinandersetzen. Es werden schwierige Verhandlungen erwartet, da einige Mitgliedstaaten strikt gegen eine verpflichtende Zertifizierung sind. Der Grund dafür sind immense bürokratische Verpflichtungen für die Unternehmen und die sich stellende Herausforderung für die Behörden, die die Einführung und Kontrolle des Systems zu bewerkstelligen hätten. Die AVE wird sich weiterhin aktiv in die Gespräche einbringen.

Dr. Pierre Gröning

2. AUSSENHANDELSSTATISTIK

[↑ TOP](#)

2.1. Importpreise ohne Energieträger steigen um 3,4 Prozent

Die Einfuhrpreise waren im April 2015 um 0,6 % niedriger als im April 2014. Dies meldet das Statistische Bundesamt (Destatis). Im März 2015 hatte die Jahresveränderungsrate – 1,4 % betragen, im Februar 2015 hatte sie bei – 3,0 % gelegen. Wie Destatis weiter mitteilte, stiegen die Importpreise im April gegenüber März 2015 um 0,6 %.

Den größten Einfluss auf die Gesamtpreisveränderung zum Vorjahr hatte, wie auch schon in den Vormonaten, die Entwicklung der Einfuhrpreise für Energie. Diese waren im April 2015 um 22,1 % niedriger als im April 2014. Im Vorjahresvergleich sanken insbesondere die Importpreise für Erdöl (– 28,9 %), aber auch Mineralölerzeugnisse (– 22,6 %) und Erdgas (– 13,5 %) waren gegenüber dem Vorjahr erheblich günstiger. Im Vergleich zu März 2015 verteuerten sich die Energieimporte um 3,2 %. Während die Preise für importiertes Erdöl (+ 9,5 %) und Mineralölerzeugnisse (+ 3,2 %) im Vormonatsvergleich stiegen, wurden Erdgas (– 4,5 %) und elektrischer Strom (– 7,1 %) billiger. Der Einfuhrpreisindex ohne Energie war im April 2015 um 3,4 % höher als im April 2014, gegenüber März 2015 stieg er um 0,4 %. Lässt man nur Erdöl und Mineralölerzeugnisse außer Betracht, lag der Einfuhrpreisindex im April 2015 um 2,7 % über dem Stand des Vorjahres und um 0,1 % über dem Niveau des Vormonats.

Starke Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahresmonat gab es im April 2015 unter anderem auch bei importiertem Eisenerz (– 28,2 %), Schweinefleisch (– 12,5 %), Milch und Milcherzeugnissen (– 10,0 %) sowie bei Getreide (– 9,3 %). Dagegen stiegen die Preise für Holz- und Zellstoff gegenüber April 2014 um 17,9 %, für Nichteisen-Metalle und deren Erzeugnisse um 15,7 % sowie für Nichteisen-Metallerze um 13,2 %. Düngemittel und Stickstoffverbindungen waren um 5,5 % teurer als im Vorjahr.

AVE / Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes

AVE-Rundschreiben 13/2015

3. IN EIGENER SACHE

↑ TOP

3.1. Aktualisierung der AVE-Stammdaten

Um sicherzustellen, dass Sie als Mitglied stets die aktuellen Informationen erhalten, die Sie benötigen, führen wir von nun an in regelmäßigen Abständen eine Aktualisierung unserer Datenbank durch. Dabei sind wir auf Ihre Mitwirkung angewiesen und möchten Sie deshalb heute bitten uns mitzuteilen, ob sich bei Ihnen etwas geändert hat.

In diesem Zusammenhang möchten wir Ihnen auch gerne die Möglichkeit anbieten uns darüber zu informieren, ob weitere Kolleg(inn)en in Ihrem Haus ebenfalls Interesse an unseren Informationen zu Handelspolitik, Zoll- und Außenpolitik, Antidumping, Schutz geistigen Eigentums, Umwelt- und Verbraucherschutz oder Unternehmensverantwortung haben. Bitte finden Sie dazu im Anhang ein entsprechendes Formular.

Sollten sich Ihre Daten nicht geändert haben, so brauchen Sie das angehängte Formular selbstverständlich nicht auszufüllen.

Für Anregungen und Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an daniela.langer@ave-intl.de oder rufen Sie an unter +49 (0)30 59 00 99-432.

Wir möchten uns bereits jetzt bei Ihnen für Ihre Mitwirkung bedanken.

Jens Nagel

4. CSR

↑ TOP

4.1. Weltweit hohe Standards im Fokus des G7-Gipfeltreffens in Elmau

Die deutsche G7-Präsidentschaft steht ganz im Zeichen der diesjährigen klima- und entwicklungspolitischen Weichenstellungen. Laut Bundeskanzlerin Merkel liegt daher der Fokus des G7-Gipfeltreffens am 7. und 8. Juni 2015 in Elmau auch auf der Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards entlang globaler Wertschöpfungsketten.

Während sich die AVE aktiv in die Diskussionen rund um die Entwicklung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte einbringt, haben die B7 (Business 7) unter der Leitung des BDI ein Strategiepapier entwickelt, das als

AVE-Rundschreiben 13/2015

Diskussionsgrundlage beim Agenda Setting für soziale und ökologische Grundsätze dienen soll. „Industrielle Innovation für eine nachhaltige Welt“ lautet der Titel des 21-seitigen Papiers, das die B7-Vertreter Kanzlerin Merkel übergeben haben. Es enthält Empfehlungen zu Themen wie Nachhaltigkeit in globalen Lieferketten, Energie- und Klimapolitik, effiziente Nutzung von Ressourcen sowie Gesundheitspolitik. Man teile grundlegende Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Freiheit und Offenheit der Gesellschaften sowie das Vertrauen in die Marktwirtschaft, und die Bundeskanzlerin betonte, „weltweit gleiche Rahmenbedingungen zu schaffen, sei die beste Wettbewerbssituation für die Weltwirtschaft“.

Das Strategiepapier, das auch von der AVE begrüßt wird, finden Sie anbei.

Andrea Breyer

5. UMWELT- UND VERBRAUCHERANGELEGENHEITEN

[↑ TOP](#)

5.1. Verpflichtende Ursprungskennzeichnung: Neuer Vorstoß vom Rat der Minister abgelehnt

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich während einer Sitzung am 28. Mai 2015 in Brüssel erneut mit der möglichen Gesetzgebung zur Produktüberwachung und Marktsicherheit befasst. Trotz der allgemeinen Zustimmung der Mitgliedstaaten zu diesem Paket bleiben grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die verpflichtende Kennzeichnung des Ursprungslandes für Nichtlebensmittelerzeugnisse bestehen. Die AVE hat sich seit der Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs Anfang 2013 dafür eingesetzt, das jetzige System beizubehalten, das den Herstellern die Wahl zur Herkunftskennzeichnung überlässt.

Eine neue Studie, welche die Kommission im Auftrag des Rates angefertigt hat, zeigt erneut deutlich auf, dass eine verpflichtende Herkunftslandkennzeichnung nicht wesentlich zur Produktsicherheit für Konsumenten beiträgt. Bedauernswerterweise lenkt dieser Streitpunkt von den Schlüsselaspekten des Gesetzesvorschlages ab. Die eindeutigen Vorteile für den Einzelhandel durch harmonisierte Rahmenbedingungen für Produktsicherheit, verbesserte Kommunikation mit den zuständigen Behörden, und eine gegenseitige Anerkennung von Prüfberichten, werden somit nicht realisiert.

Das europäische Parlament und einige EU-Mitgliedstaaten halten an einem möglichen Kompromiss fest, der zum Beispiel zu einer Kennzeichnung für bestimmte Produktgruppen führen könnte. Die AVE wird versuchen, eine Entscheidung zu verhindern, die den Interessen des

AVE-Rundschreiben 13/2015

Einzelhandels entgegensteht.

Studie der Europäischen Kommission zur Ursprungskennzeichnung (Mai 2015):

http://ec.europa.eu/growth/tools-databases/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=8263&lang=en&tpa_id=0&title=Study%3A-Implementation-of-the-new-regulation-on-market-surveillance---indication-of-origin

Dr. Pierre Gröning